

# Lob der Bubble

Stehen wir vor einem Post-Corona-Lokalismus? Nein. Doch der Zusammenschluss zu wahlverwandtschaftlichen Gemeinschaften hat einen Schub erhalten. Ein Kommentar zum „Neo-Tribes“-Szenario.

**Von Christine Hannemann**

**N**eo-Tribes, also postmoderne Gesinnungsgebilde, stehen im Zentrum des dritten Zukunftsszenarios. Die vom Autor präsentierten Charakteristika sind allerdings längst keine zukünftigen Entwicklungen mehr. Die besondere Wertschätzung von regionalen Erzeugnissen ließ sich in jedem Supermarkt schon lange vor Corona studieren. Gleches gilt für die Rückbesinnung auf Haus, Hof und Familie – hier nicht verstanden als blutsverwandtschaftliche Keimzelle der Gesellschaft, sondern als wahlverwandtschaftlicher Zusammenschluss zu Gesinnungsgemeinschaften: integrative Wohnprojekte, Wohngenossenschaften, Baugruppen. Eine Reduktion von Alltagspraktiken, Werthaltungen und Identitäten auf einen Post-Corona-Lokalismus aber erscheint schlicht unwahrscheinlich. Mit einer solchen Perspektive wird die Umkehrbarkeit von Geschichte angenommen. Die in den Basiskoordinaten verwendeten Dichotomien („gelingend“ und „nicht gelingend“ oder „lokal“ versus „global“) erscheinen als überholter Evolutionismus.

Vielmehr hat mit Corona eine Art Revision der existenziellen Standards des Daseins begonnen. Dabei geht es um materielle wie ideelle Dinge, und es schließt den umgangssprachlichen Gebrauch von

Existenz ein, etwa wenn es um unterbezahlte, überarbeitete, ungeimpfte Pflegerinnen und Pfleger in Altenheimen geht oder um die akute Vernachlässigung der Klimakrise im öffentlichen Bewusstsein.

Diese Revision betrifft auch die sogenannte Singularisierung der Gesellschaft. Dieser auf der Individualisierung beruhende Entwicklungsgang bezeichnet einen mit der Industrialisierung und Modernisierung der westlichen Gesellschaften einhergehenden Prozess des Übergangs des Individuums von der Fremd- zur Selbstbestimmung. In der postmodernen Gesellschaft prägt eine qualitativ neue Radikalisierung diesen Prozess. Gesellschaftliche Grundmuster wie die klassische Kernfamilie werden zu einem Haushaltsmodell von vielen. Hier relevant sind vor allem die freiwillige oder unfreiwillige Form des Alleinwohnens und die Schrumpfung der Haushaltsgrößen.

Alle aktuellen Studien zur Bevölkerungsentwicklung wie die des Statistischen Bundesamts zeigen, dass der Anteil der Ein-Personen-Haushalte in Deutschland weiter ansteigen wird. Das beruht auch auf der Alterung, denn ein wachsender Anteil von Menschen wohnt im Alter allein. Dieses Alleinwohnen, einzeln oder in Kleingruppen, hat auf-



**Prof. Dr. Christine Hannemann**  
lehrt Architektur- und Wohnsoziologie an der Universität Stuttgart.



grund der coronabedingten Isolationserfahrungen das öffentliche Interesse an der Art und Weise, wie „gewohnt“ wird, steigen lassen. Nunmehr wird das spätestens seit den 1920er Jahren vorherrschende Leitbild des kleinbürgerlichen Wohnens als Hauptwohnform durch neue Überlegungen zum gemeinschaftlichen Wohnen öffentlichkeitswirksam revidiert.

Die Dominanz des Wohnens in der abgeschlossenen Kleinwohnung ohne gemeinschaftliche Wohnflächen hat sich in der Pandemie als stark benachteiligend erwiesen. Nun endlich wird die Notwendigkeit eines Wandels des Wohnens weg von isolierenden, Einsamkeit evozierenden Wohnverhältnissen hin zu gemeinschaftlichen (und klimagerechten) Wohnformen diskutiert und auch in einigen zukunftsweisenden Projekten realisiert.

Der Virologe Christian Drosten sprach in diesem Zusammenhang im NDR-Podcast „Coronavirus-Update“ im vergangenen Oktober darüber, wie der Lockdown anders zu gestalten sei, nämlich mit einer „social bubble“: Es könnten sich „bis zu zwei oder sogar drei Haushalte zusammen und eine soziale Blase bilden“. Man hilft sich bei der Kinderbetreuung, einer kauft für alle ein, und im Restaurant sitzen alle zusammen an einem Tisch. Für viele Menschen wäre ein solches Modell laut Drosten eine „extreme Erleichterung“, wenn das einen Haushalt einschlösse, „wo die Haushaltsmitglieder nicht so beweglich sind, also ältere Leute“.

Die neue Gemeinschaftsorientierung beim Wohnen wird durch die Pandemie verstärkt: Bau-/Wohngemeinschaften und Kollektivgärten sind schon vor Corona dort entstanden, wo es räumlich und politisch möglich war. Das Gemeinschaftswohnen ist in Deutschland eine wichtige Idee,

spielte aber prozentual gesehen bisher eine relativ geringe Rolle. Es gab zu wenig Möglichkeiten und viel zu wenig Förderung. Die neue Nachfrage entsteht durch Partizipations- und Gestaltungsinteressen und den Wunsch, anders zu leben als in der bürgerlichen Kleinfamilie. Dabei ist nicht die Großfamilie das einzige Modell. Gerade bei gemeinschaftlichem Wohnen kann viel eher auf Wahlverwandtschaften, auf Neo-Tribes, ausgewichen werden. Eltern und Geschwister sind nicht wählbar, aber die Menschen, mit denen man zusammenleben möchte, sind es.

Die neue Nachfrage nach anderen Wohnformen resultiert auch aus der Wahrnehmung von Einsamkeit als massives soziales Problem, nicht nur in der deutschen Gesellschaft. Schon 2018 erregte die Ernennung einer Einsamkeitsministerin durch die britische Premierministerin Theresa May enorme Aufmerksamkeit. Auch in Deutschland wurde das Thema nun stärker von Politik, Wissenschaft und Medien aufgenommen, zumal Studien verdeutlichen, dass Einsamkeit in Deutschland eben nicht aufs hohe Alter beschränkt ist. Sie kann in jeder Lebensphase auftreten. Die Altersverteilung der Einsamkeit folgt einem komplexen nichtlinearen Verlauf mit erhöhten Einsamkeitsniveaus bei jungen Erwachsenen und bei den ältesten Alten, so resümieren die Autorinnen einer Studie der Universität Köln und der University of Chicago.

Resilient im Sinne von widerstandsfähig ist die liberale Demokratie nur dann, wenn sie stärker als bisher in systemischen Kontexten denkt und neue Verbindungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft sowie Wohnungswesen und Stadtplanung herstellt, etwa bei sozialgerechten Wohnkosten, innovativen gemeinschaftsfördernden Wohnkonzepten und klimakompatiblen Wohn- und Mobilitätslösungen.